



Detailansicht des Registereintrags

Legal Tech Verband Deutschland e.V.

Aktuell seit 15.06.2026 12:10:20

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R000237
Ersteintrag:	01.02.2022
Letzte Änderung:	15.06.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	15.06.2026
Tätigkeitskategorie:	Privatrechtliche Organisation
Kontaktdaten:	Adresse: Friedrichstraße 171 10117 Berlin Deutschland Telefonnummer: +491733413381 E-Mail-Adressen: kontakt@legaltechverband.de Webseiten: https://www.legaltechverband.de

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Mitgliedsbeiträge, Wirtschaftliche Tätigkeit, Sonstiges

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

160.001 bis 170.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

1,25

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Maraja Fistanić**
Funktion: Vorstandsvorsitzende
2. **Schicker Stefan**
Funktion: Vorstandsvorsitzender

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (4):

1. **Alisha Andert-Zacharias**
2. **Annika Schröder**
Tätigkeit bis 07/23:
Referentin
für ein Mitglied des Deutschen Bundestages
3. **Maraja Fistanić**
4. **Schicker Stefan**

Gesamtzahl der Mitglieder:

196 Mitglieder am 31.12.2025, davon:

14 natürliche Personen

182 juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (4):

Rechtspolitik; Zivilrecht; Sonstiges im Bereich "Recht"; Verbraucherschutz

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

- Publikationen und Stellungnahmen zu sämtlichen Fragen im Bereich Legal Tech (Legal Needs, digitale Justiz, Justizausbildung etc.)
- Kontaktaufnahme zu einzelnen Politiker:innen und (un-)mittelbare Einflussnahme auf den politischen Diskurs im Bereich Legal Tech und Digitalisierung des Rechts und der Rechtsanwaltschaft (Gemeinsame Aufnahme von Podcastaufnahmen, Einladung zu Vorträgen, etc.)
- Niederschwellige Kontaktformen, wie öffentliches "vertaggen" wie etwa auf LinkedIn

Die Tätigkeit ist auf Dauer und regelmäßig angelegt, obgleich ein "Legal-Tech-Gesetz", welches uns noch nicht weit genug reicht, schon verabschiedet wurde.

In der Satzung heißt es zum Zweck des Vereins:

"Zweck des Vereins ist es, als Repräsentant von Legal Tech Unternehmungen innerhalb und außerhalb von Kanzleien in Deutschland tätig zu sein. Er setzt sich für die Gestaltung der Zukunft

des Rechtswesens in Zeiten der Digitalisierung, einen innovationsfreundlichen Rechtsrahmen, Rechtssicherheit sowie für die Förderung und Erleichterung von Innovationen und Investitionen innerhalb und außerhalb von Kanzleien ein. Erreichen möchte der Verein dies durch eine Einwirkung auf Gesetzgebung, Verwaltung und Öffentlichkeit sowie durch Austausch über die Themen Legal Tech und Legal Innovation. Er fördert die Interessen seiner Mitglieder in ideeller, fachlicher, rechtlicher und berufsständischer Hinsicht."

Konkrete Regelungsvorhaben (12)

1. Lockerung des Fremdbesitzverbots für Rechtsanwaltsgesellschaften

Beschreibung:

Ziel der Einflussnahme: Lockerung des Fremdbesitzverbots, insbesondere Öffnung der Bundesrechtsanwaltsordnung für Kapitalbeteiligungen berufsfremder Dritter an Berufsausübungsgesellschaften unter Wahrung der anwaltlichen Unabhängigkeit, um Kanzleien und Legal-Tech-Geschäftsmodellen die Wachstumsfinanzierung über Eigenkapital zu ermöglichen. Hierzu wurde dem Ministerium ein wissenschaftliches Rechtsgutachten übermittelt.

Betroffenes geltendes Recht:

BRAO [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Sonstiges im Bereich "Recht" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2506200041** (PDF - 67 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 09.01.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

2. Neuordnung aufsichtsrechtlicher Verfahren und Liberalisierung des Rechtsdienstleistungsrechts

Beschreibung:

Begleitung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung zur Neuordnung aufsichtsrechtlicher Verfahren und zur Änderung weiterer Vorschriften im Bereich der rechtsberatenden Berufe. Ziel der Einflussnahme: digitaltaugliche Ausgestaltung des Berufs- und Aufsichtsrechts, Klarstellung, dass KI-gestützte und automatisierte Systeme keine unbefugte Rechtsberatung darstellen, Berücksichtigung digitaler und interdisziplinärer Qualifikationen bei den Sachkundeforderungen sowie Öffnung der zulässigen Gesellschaftsformen für technologiegestützte Berufsausübungsgesellschaften.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/4298 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung aufsichtsrechtlicher Verfahren und zur Änderung weiterer Vorschriften im Bereich der rechtsberatenden Berufe

Zuständiges Ministerium: BMJV [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

RDG [alle RV hierzu]; BRAO [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Sonstiges im Bereich "Recht" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2606110049 (PDF - 6 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 27.10.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV)

[alle SG dorthin]

3. Online-Verfahren in der Zivilgerichtsbarkeit**Beschreibung:**

Begleitung des Gesetzes zur Entwicklung und Erprobung eines Online-Verfahrens in der Zivilgerichtsbarkeit. Ziel der Einflussnahme: zügige Einführung und praxistaugliche Umsetzung des Online-Verfahrens, Überprüfung der Streitwertgrenze zugunsten inhaltlicher Anknüpfungspunkte, niedrighschwellige Zugangsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger (z.B. BUND-ID), Sicherstellung technischer Interoperabilität mit Legal-Tech-Anbietern sowie Verkürzung der Erprobungsphase mit früherer Verstetigungsoption.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/1509 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Entwicklung und Erprobung eines Online-Verfahrens in der Zivilgerichtsbarkeit

Zuständiges Ministerium: BMJV [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

ZPO [alle RV hierzu]; GVG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Sonstiges im Bereich "Recht" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2606110045 (PDF - 9 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 27.06.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV)

[alle SG dorthin]

4. Digitalisierung des Vollzugs von Immobilienverträgen

Beschreibung:

Begleitung des Gesetzentwurfs zur Digitalisierung des Vollzugs von Immobilienverträgen, der gerichtlichen Genehmigungen von notariellen Rechtsgeschäften und der steuerlichen Anzeigen der Notare. Ziel der Einflussnahme: technologische Öffnung des Vorhabens durch standardisierte, dokumentierte Schnittstellen (APIs) für zertifizierte Drittanbieter, Rechtssicherheit an den Schnittstellen zum RDG, Klarstellung berufsrechtlicher Verantwortlichkeiten, verbindliche Fallback-Regelungen sowie europäische Interoperabilität.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/3735 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Digitalisierung des Vollzugs von Immobilienverträgen, der gerichtlichen Genehmigungen von notariellen Rechtsgeschäften und der steuerlichen Anzeigen der Notare

Zuständiges Ministerium: BMJV [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

BNotO [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Sonstiges im Bereich "Recht" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2606110046 (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 29.07.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV)

[alle SG dorthin]

5. Revision der Fluggastrechte-Verordnung (EG) Nr. 261/2004

Beschreibung:

Einflussnahme auf die Positionierung der Bundesregierung in den Verhandlungen über die Revision der EU-Fluggastrechte-Verordnung (EG) Nr. 261/2004. Ziel: Erhalt und Ausbau des bestehenden Schutzniveaus für Flugreisende, keine Einschränkung des Anwendungsbereichs, Anhebung der Ausgleichszahlungen, proaktive digitale Informationspflichten der Luftfahrtunternehmen sowie Anerkennung privatwirtschaftlicher Legal-Tech-Angebote als Instrument der Rechtsdurchsetzung.

Interessenbereiche:

Verbraucherschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2606110050](#) (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 17.03.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

6. Anpassung des EU AI Act (Digital-Omnibus)

Beschreibung:

Einflussnahme auf die Positionierung der Bundesregierung in den Digital-Omnibus-Gesprächen zur Anpassung der KI-Verordnung (EU) 2024/1689. Ziel: regulatorische Pflichten erst ab Markteintritt statt in der Entwicklungsphase, verhältnismäßige Einstufung juristischer Informations- und Assistenzsysteme (keine pauschale Hochrisiko-Klassifizierung), innovationsfreundliche risikobasierte Auslegung sowie Einrichtung von Regulatory Sandboxes.

Interessenbereiche:

Sonstiges im Bereich "Recht" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2606110048](#) (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 17.10.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV)
[alle SG dorthin]

7. Modernisierungsagenda für Staat und Verwaltung

Beschreibung:

Begleitung der Umsetzung der am 1. Oktober 2025 vom Bundeskabinett beschlossenen Modernisierungsagenda für Staat und Verwaltung. Ziel der Einflussnahme: Integration des digitalen Rechtsstaats in die Agenda, ein interoperables, an den Deutschland-Stack angebundenes digitales Justizsystem, verbindliche einheitliche Schnittstellenstandards zwischen Justiz, Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft sowie innovationsfreundliche Rahmenbedingungen für den Einsatz von KI im Rechtsverkehr.

Interessenbereiche:

Sonstiges im Bereich "Recht" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2606110047](#) (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 06.10.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Digitalisierung und Staatsmodernisierung
(BMDS) [\[alle SG dorthin\]](#)

8. **Digitalisierung der Justiz und Reform der ZPO**

Beschreibung:

Einflussnahme auf die Modernisierung der Zivilprozessordnung und die Digitalisierung der Justiz. Ziel: bundesweit verpflichtende Vereinheitlichung der e-Akte, standardisierte digitale Verfahren für Massenverfahren mit Vorlageverfahren zum BGH, ein zentrales Justizportal mit digitaler Kommunikationsplattform, systematische Veröffentlichung von Zivilurteilen in maschinenlesbaren Open-Access-Datenbanken, Zentralisierung der Justiz-IT auf Bundesebene sowie Umsetzung der Empfehlungen der Reformkommission ‚Zivilprozess der Zukunft‘

Betroffenes geltendes Recht:

[ZPO \[alle RV hierzu\]](#); [GVG \[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Sonstiges im Bereich "Recht" [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2606110051 \(PDF - 13 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 02.04.2025 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [\[alle SG dorthin\]](#)

9. **Flexibilisierung anwaltlicher Vergütung (Erfolgshonorare und Prozessfinanzierung)**

Beschreibung:

Ziel der Einflussnahme: Erweiterung der Gestaltungsfreiheit bei anwaltlichen Honorarmodellen, insbesondere Lockerung der Beschränkungen für Erfolgshonorare und Prozesskostenfinanzierung, um flexible Vergütungsmodelle für Mandantschaft und Rechtsdienstleister zu ermöglichen.

Betroffenes geltendes Recht:

[RVG \[alle RV hierzu\]](#); [BRAO \[alle RV hierzu\]](#); [RDG \[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Sonstiges im Bereich "Recht" [\[alle RV hierzu\]](#)

10. **Öffnung der Abhilfeklage für marktübliche Drittfinanzierung**

Beschreibung:

Ziel der Einflussnahme: Änderung der Zulässigkeitsvoraussetzungen der Abhilfeklage, insbesondere Aufhebung oder Anhebung der 10-Prozent-Grenze für die Vergütung von Drittfinanzierern, um die Abhilfeklage für marktübliche Prozessfinanzierungsmodelle zu öffnen und die kollektive Rechtsdurchsetzung für Verbraucherinnen und Verbraucher zu stärken.

Betroffenes geltendes Recht:

VDuG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Verbraucherschutz [alle RV hierzu]

11. **Lockerung anwaltlicher Werbebeschränkungen**

Beschreibung:

Ziel der Einflussnahme: Liberalisierung und Klarstellung der berufsrechtlichen Werbebeschränkungen für Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte (§ 43b BRAO), um Kanzleien dieselben Kommunikationsmöglichkeiten zu eröffnen wie anderen Anbietern von Rechtsdienstleistungen.

Betroffenes geltendes Recht:

BRAO [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Sonstiges im Bereich "Recht" [alle RV hierzu]

12. **Reform der juristischen Ausbildung**

Beschreibung:

Ziel der Einflussnahme: Modernisierung der juristischen Ausbildung durch Einführung eines Bachelor-/Master-Systems, Verankerung verpflichtender Technologie- und Wirtschaftsmodule (Legal Tech, KI, Datenanalyse), Neuordnung der Stationen im Referendariat mit einer Pflichtstation mit Technologiebezug sowie Förderung von Unternehmensgründungen aus juristischen Hochschulen.

Betroffenes geltendes Recht:

DRiG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Sonstiges im Bereich "Recht" [alle RV hierzu]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

350.001 bis 360.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

[JA-2024_Legal-Tech-Verband.pdf](#)